

*Dialogue
Franco
Allemand*



*Deutsch
Französischer
Dialog*

**Mit Sicherheit in die europäische Zukunft?
Deutsch-französische Perspektiven einer
gemeinsamen Sicherheits- und
Verteidigungspolitik**

Diskussionsbericht

zum 3. Deutsch-Französischen Dialog
am 31. Mai und 1. Juni 2001 in Saarbrücken



Die Podien	4
Vorbemerkung	7
1. Sicherheitspolitik im neuen Umfeld - die EU als Zivil- oder Militärmacht?	9
1.1. Veränderungen erfordern gemeinsame Reaktionen	9
1.2. ...umfassende Konzepte	10
1.3. ...und klare Zielsetzungen!	11
2. Europa und Amerika - Partner oder Rivalen?	13
2.1. Neue Herausforderungen.....	13
2.2. Europa muss mehr Verantwortung übernehmen	13
2.3. Die transatlantische Partnerschaft bleibt unverzichtbar	16
2.4. Partnerschaft bedeutet, sich zu ergänzen.....	17
3. Die Quadratur des Kreises: Europäische Handlungsfähigkeit zwischen konzeptionellen Anforderungen und politischer Wirklichkeit	20
3.1. Gemeinsame Interessen.....	20
3.2. Handlungsfähige Institutionen	22
3.3. Angemessene Ressourcenausstattung	24
Schlussbetrachtung	27



DIE PODIEN

**Podium 1 Zivilmacht oder Militärmacht?
Ziele und Instrumente einer gemeinsa-
men Außen-, Sicherheits- und Verteidi-
gungspolitik**

Moderator: **Dr. Christoph Bertram,**
Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik,
Berlin

Teilnehmer: **Professor Nicole Gnesotto,**
Direktorin des WEU-Instituts, Paris
Georges Lemoine,
Abgeordneter Eure-et-Loir, Staatssekretär a.D.
Professor Hanns W. Maull,
Universität Trier
General a.D. Klaus Naumann,
Otterfing

**Podium 2 Partner oder Rivalen?
Die Europäische Union zwischen strategi-
scher Eigenständigkeit und transatlanti-
scher Bindung**

Moderator: **René Foch,**
France Forum, Paris

Teilnehmer: **Professor Jean Klein,**
Institut Français des Relations Internationales,
Paris
Professor John D. Robertson,
Texas A&M University, College Station, TX
Dr. Peter Schmidt,
Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Admiral a.D. Dieter Wellershoff,
Euskirchen



**Podium 3 Interessen und Institutionen -
Wie organisiert man eine gemeinsame
Sicherheits- und Verteidigungspolitik?**

Moderator: **Heiko Engelkes,**
Paris

Teilnehmer: **André Berthol,**
Abgeordneter Moselle
Loïc Bouvard,
Abgeordneter Morbihan, ehemaliger Präsident
der Nordatlantischen Versammlung
Professor Jean-Christophe Romer,
Robert Schuman Universität, Straßburg
Professor Lothar Rühl,
Staatssekretär a.D., Bonn
Professor Torsten Stein,
Universität des Saarlandes, Saarbrücken

**Podium 4 Unterschiedliche Wehrstrukturen und
waffentechnologische Rückständigkeit -
Europas Achillesferse?**

Moderator: **Karl Feldmeyer,**
Frankfurter Allgemeine Zeitung, Berlin

Teilnehmer: **Peter Altmaier,**
MdB, Berlin
Emile Blanc,
EURODEFENSE FRANCE, Paris
Maurice Blin,
Senator Ardennes, Berichterstatter für den
Verteidigungsetat
Yves Boyer,
Fondation pour la recherche stratégique, Paris
Dr. Holger Mey,
Direktor des Instituts für Strategische Analy-
sen, Bonn
Dr. Stefan Zoller,
Vorstandsvorsitzender Dornier / EADS, München



**Abschluss-
podium** **Saarbrücker Erklärung**

Moderator: **Dr. Mathias Jopp**
Direktor des Instituts für Europäische Politik,
Berlin

Teilnehmer: **Heiko Engelkes,**
Paris
Karl Feldmeyer,
Frankfurter Allgemeine Zeitung, Berlin
René Foch,
France Forum, Paris
Professor Lothar Rühl,
Staatssekretär a.D., Bonn

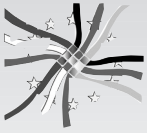


VORBEMERKUNG

Die ASKO EUROPA-STIFTUNG, Saarbrücken, und die Fondation ROBERT SCHUMAN, Paris, haben sich dazu entschlossen, in Saarbrücken ein regelmäßiges deutsch-französisches Dialogforum einzurichten, um europäische Zukunftsfragen, die bisher meist in einem nationalen Rahmen diskutiert worden sind, in einen innovativen und produktiven Deutsch-Französischen Dialog zusammen zu führen. Dabei sollen die aktuellen Herausforderungen nicht als Gefahr, sondern als Chance für eine Belebung und Vertiefung der deutsch-französischen Zusammenarbeit begriffen werden. Nach den Themen "Wissenschaft", "Bildung" und "Medien" (1999) sowie Fragen des Wirtschafts- und Sozialdialogs (2000) hat sich der 3. Deutsch-Französische Dialog nun dem Problem einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gewidmet.

Zu diesem Thema diskutierten am 31. Mai und 1. Juni 2001 zahlreiche Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Militär und Politik auf insgesamt vier Podien über folgende zentrale Fragen: Soll die EU über eine eigenständige Sicherheits- und Verteidigungspolitik verfügen, und an welchen Grundsätzen soll sich diese orientieren? Wie lässt sich ein Europa der Sicherheit und Verteidigung in einer für alle Seiten befriedigenden Form in das transatlantische Verhältnis einordnen? Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit Europa künftig mehr Verantwortung als bisher für seine Sicherheit übernehmen kann?

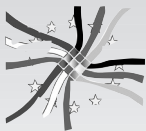
Das erste Podium, das von Christoph Bertram geleitet wurde, befasste sich mit den Zielen und Instrumenten einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und der Frage, ob sich die EU eher als Zivilmacht oder eher als Militärmacht verstehen soll. Hieran anschließend wurde auf dem von René Foch moderierten zweiten Podium die Problematik erörtert, was eine solche gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspo-



litik künftig für das Verhältnis zur NATO und den USA bedeuten kann und ob die transatlantischen Beziehungen in Zukunft eher durch Rivalität oder Partnerschaft gekennzeichnet sein werden. Das dritte Podium beschäftigte sich unter der Leitung von Heiko Engelkes mit der Frage, wie man eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik angesichts der unterschiedlichen Interessen organisieren kann, und welcher institutionelle Rahmen hierfür erforderlich ist. In engem Zusammenhang damit stand schließlich das von Karl Feldmeyer moderierte vierte Podium; es beschäftigte sich mit dem Problem der unterschiedlichen Wehrstrukturen und der waffentechnischen Rückständigkeit, das allgemein als Achillesferse einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik angesehen wird.

Da es aufgrund der Komplexität des Themas zwischen den einzelnen Podien starke Überschneidungen gab, orientiert sich der folgende Diskussionsbericht in seiner Gliederung nur teilweise an der Podienfolge. In einem ersten Kapitel wird die Frage nach dem Verständnis der EU als Zivil- oder Militärmacht thematisiert, um im zweiten Kapitel die verschiedenen Aspekte der Einordnung einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik in das transatlantische Bündnis zu behandeln. Im abschließenden dritten Kapitel werden dann die konkreten Herausforderungen an die Politik im Hinblick auf die Angleichung der divergierenden Interessen sowie die institutionelle und materielle Ausgestaltung einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik erörtert. Dabei werden die grundlegenden Gedanken der 3. Saarbrücker Erklärung nochmals aufgenommen und anhand des Diskussionsverlaufes vertieft und weiter erläutert.

Die ASKO EUROPA-STIFTUNG und die Fondation ROBERT SCHUMAN verstehen diesen Diskussionsbericht ebenso wie die Saarbrücker Erklärung als Denkanstoß und Angebot zur Diskussion. Sie laden daher alle Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft dazu ein, den Deutsch-Französischen Dialog auch auf dem Gebiet der Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit den Veranstaltern weiter fortzusetzen.



1. SICHERHEITSPOLITIK IM NEUEN UMFELD - DIE EU ALS ZIVIL- ODER MILITÄRMACHT?

1.1. **Veränderungen erfordern gemeinsame Reaktionen...**

"Die EU muss sich zu ihrer gesamteuropäischen und globalen Verantwortung bekennen und ihr stellen", so das Fazit von Matthias Jopp in der Abschlussitzung des dritten Deutsch-Französischen Dialoges. Durch den gesamten Diskussionsverlauf zog sich die Argumentation, dass die EU internationale Gestaltungsfähigkeit anstreben muss, um als eigenständiger Akteur in der Weltpolitik auftreten zu können. Nur so könne ihre außen- und sicherheitspolitische Glaubwürdigkeit gewahrt werden, argumentierte Nicole Gnesotto. Voraussetzung hierfür ist eine funktionierende, effektive gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Es gilt also, Konzepte für diese gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu definieren und in einer klaren und kohärenten strategischen Perspektive zusammen zu führen.

Die zunehmende Gefährdung der Stabilität der Nachbarregionen bei schwindender Bereitschaft der USA, sich in Europa militärisch zu engagieren, erfordert eine aktive europäische Stabilisierungspolitik. Die EU braucht hierzu - so Hanns W. Maull - eine "stimmige Außenpolitik mit einem stimmigen Konzept, die dem neuen Umfeld entspricht". Die jüngste Vergangenheit - so vor allem der Balkankonflikt - hat gezeigt, dass die EU sich nicht mehr auf die USA als Stabilisator der europäischen Peripherie verlassen darf und kann. Die Stabilisierung des geopolitischen Umfelds der EU ist - so Hanns W. Maull - eine "Querschnittsaufgabe", die mit moderner Sicherheitspolitik betrieben werden muss. Dass ein gemeinsamer Lebens- und Wirtschaftsraum mit gemeinsamen Außengrenzen letztlich auch zu einer gemeinsamen Verteidigung der Außengrenzen führen muss, ist daher - wie Holger Mey überzeugend dargelegt hat - ebenso logisch wie konsequent.



1.2. ...umfassende Konzepte...

Die Bestandsaufnahme der aktuellen Situation zeigt nach Klaus Naumann, dass eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik zwar wünschenswert ist, zur Zeit jedoch bestenfalls in Ansätzen besteht. Dabei ist Sicherheitspolitik als Teil der Außenpolitik zu sehen, die nicht nur auf Verteidigung, sondern auch und vor allem auf die Verhinderung von Krisen und Kriegen abzielt. Sicherheitspolitik verlangt - so Naumann - eine koordinierte und möglichst präventive Nutzung aller Instrumente der Politik.

Dabei ist die Klärung des Verständnisses der EU als Zivil- oder Militärmacht zentrale Voraussetzung für die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Nach übereinstimmender Auffassung der Teilnehmer reicht es nicht aus, den neuen Risiken und Herausforderungen alternativ mit zivilen oder militärischen Lösungsansätzen gegenüber zu treten. "Die Alternative Zivil- oder Militärmacht ist tot", beschrieb Nicole Gnesotto den Status quo. Diese Ansicht spiegelt sich auch in der Definition Maulls wider, für den diese Wahlmöglichkeit zwar nicht geklärt ist, der allerdings Zivilmacht nicht als pazifistische Macht verstanden wissen will. Primärer Gestaltungsanspruch kommt in seiner Konzeption nicht den militärischen Mitteln, sondern geordneten Verfahren zur Konfliktprävention und Konfliktregulierung zu. Konsens aller Diskussionssteilnehmer war, dass militärische Einsätze nur als ultima ratio - richtig verstanden als äußerstes, nicht letztes Mittel - der Politik erfolgen dürfen, jedoch prinzipiell möglich sein müssen. Das bedeutet konkret: Die EU muss in Zukunft Zivil- und Militärmacht zugleich sein. Tragende Säulen dieser gemeinsamen strategischen Konzeption sind dabei Konfliktprävention durch aktive Stabilisierungspolitik des eigenen Umfelds auf der einen und militärisches Krisenmanagement auf der anderen Seite.

Eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die dieser Zielsetzung gerecht werden will, steht zahlreichen Herausforderungen gegenüber. Sie muss in umfassendem Sinne unter der Nutzung ökonomischer, monetärer, diplomatischer und auch militärischer Mittel entwickelt werden. Unabdingbar ist hierbei, dass diese Entwicklung in den Prozess der europäischen



Verfassungsgebung und die Debatte über die Finalität der EU eingebettet wird. Besonders betont wurde ebenso die Notwendigkeit, dass die EU ihren Beitrittskandidaten aus Mittel- und Osteuropa gegenüber als starker Partner auftreten und sie frühzeitig in die Entwicklung einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik einbinden muss. Weiterhin wurde im Laufe der Diskussion die Frage nach dem Verhältnis zur Türkei und der Rolle der EU gegenüber Russland aufgeworfen, wenn die Osterweiterung bis zum Schwarzen Meer fortschreitet. Eine gemeinsame europäische Sicherheitsstrategie setzt zudem voraus, dass die Frage nach der Integration vorhandener Ressourcen, insbesondere der britischen und französischen Nuklearwaffen, geklärt wird. Dass an dieser Stelle nach wie vor Gesprächs- und Handlungsbedarf besteht, zeigt nicht zuletzt die Tatsache, dass die hierzu im Laufe der Diskussion immer wieder aufkommenden Fragen unbeantwortet blieben.

1.3. ...und klare Zielsetzungen!

In der Vergangenheit hat sich immer wieder gezeigt, dass Entscheidungs- und Koordinationsprobleme die europäische Politik lähmen. Klare institutionelle und rechtliche Rahmenbedingungen für eine effektive gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit realen Einsatzmöglichkeiten zu schaffen, ist eine weitere Herausforderung, der sich die EU-Mitglieder stellen müssen. Es gilt, divergierende nationale Interessen zu bündeln und klare Ziele einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu definieren.

Ziel der gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik muss Effizienz auf internationaler Ebene sein. Der Entwicklung der Fähigkeit, Krisen vorzusehen und abzuwenden, muss dabei besonderes Augenmerk gelten, betonte Georges Lemoine. In diesem Zusammenhang verwies Dieter Wellershoff auf die Notwendigkeit, die Voraussetzungen für Konfliktprävention zu fördern. Dauerhafter Frieden kann nur unter der Bedingung geschaffen und gewahrt werden, dass Freiheit, Menschenrechte, Demokratie und Mitwirkung, aber auch Recht und Gerechtigkeit sowie hinreichende soziale Lebensverhältnisse gewährleistet sind.



Klare Einsatzkonzepte und -voraussetzungen für den Fall, dass Krisenprävention und -verhinderung fehlgeschlagen sind, müssen erarbeitet werden. Dabei muss den gesellschaftlichen und rechtlichen Entwicklungen Rechnung getragen werden, die laut Klaus Naumann zu der "schizophrenen Situation" geführt haben, dass bei immer größerer technischer Perfektion immer weniger militärische Einsätze geduldet werden. Er stellte eine große Hemmschwelle bei den Politikern fest, in souveränen Staaten auch dann militärisch zu intervenieren, wenn die eigene Sicherheit nicht bedroht ist. Dies führt nach seiner Auffassung zu der Situation, dass Interventionen für Soldaten, denen zunehmend die Aufgabe zukommt, Stabilität durch "out of area-Einsätze" herzustellen, den Regelfall bilden, für die politischen Entscheidungsträger aber den Ausnahmefall darstellen. Deshalb bedarf es einer intensiven Kommunikation zwischen politischer und militärischer Führungsebene, um zivile und militärische Mittel zu einem kohärenten Gesamtkonzept zu verbinden.

Ähnliche Probleme beschrieb Nicole Gnesotto, nach deren Auffassung sich eher eine "Kultur des Nicht-Einschreitens als des Einschreitens" etabliert hat. Wie Klaus Naumann argumentierte auch sie, dass internationale Einsätze westlicher Demokratien in den Fällen, in denen keine vitalen nationalen Interessen berührt werden, erst dann erfolgen, wenn ein Einschreiten unabweisbar geworden ist. Unter Hinzuziehung des Aspektes der mangelhaften Ressourcenausstattung der europäischen Streitkräfte konstatierte Hanns W. Maull hierbei zwei zentrale Risiken: Einerseits könnte die EU sich aus politischen Gründen einer notwendigen Intervention verweigern und andererseits im Falle einer Intervention mit ihren jetzigen militärischen Ressourcen scheitern. Um letzteres zu verhindern, bedarf es einer bestmöglichen Ausrüstung und Ausbildung der europäischen Streitkräfte. Dies ist darüber hinaus auch für die Weiterentwicklung der transatlantischen Beziehungen von zentraler Bedeutung. Denn nur wenn die EU tatsächlich globales "burden sharing" anbietet, kann sie ein wirklicher Partner der USA sein.



2. EUROPA UND AMERIKA - PARTNER ODER RIVALEN?

2.1. Neue Herausforderungen

Eine gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik kann nach übereinstimmender Auffassung aller Diskussionssteilnehmer nicht losgelöst von den bestehenden sicherheits- und verteidigungspolitischen Strukturen, sondern nur in Übereinstimmung mit diesen entstehen. Konkret bedeutet dies, dass neben der Festlegung der Aufgaben und Ziele einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik das Verhältnis zu den USA als zweite zentrale Herausforderung in diesem Bereich zu klären ist. Ausgangspunkt ist hierbei die grundlegend neue sicherheitspolitische Situation nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes. Denn durch den Wegfall der sowjetischen Bedrohung und der damit verbundenen Verringerung der europäischen Abhängigkeit von dem amerikanischen Atomschild ist sowohl die Bereitschaft der USA, weiterhin die Hauptlasten für die Sicherheit Westeuropas zu tragen, als auch die Akzeptanz der westeuropäischen Staaten gegenüber der hegemonialen Stellung der USA innerhalb der NATO gesunken. Deshalb gilt es, das transatlantische Bündnis grundlegend zu reformieren und das bisherige Abhängigkeits- und Verpflichtungsverhältnis durch eine gleichberechtigte Partnerschaft zu ersetzen. Da eine solche Partnerschaft nach den Worten von Jean Klein aber nur Sinn macht, wenn es zwei wirkliche Partner gibt, muss die EU eine kohärente Sicherheits- und Verteidigungspolitik entwickeln, die es ihr erlaubt, den USA gegenüber als eigenständiger und einheitlicher Akteur innerhalb der NATO aufzutreten. Hierzu wurde in der Diskussion immer wieder das Bild eines eigenständigen europäischen Pfeilers innerhalb der NATO verwendet.

2.2. Europa muss mehr Verantwortung übernehmen

Die Entwicklung der vergangenen 10 Jahre hat deutlich gemacht, dass die USA immer weniger bereit sind, weiterhin die Hauptlasten im sicherheits- und verteidigungspolitischen Be-



reich zu tragen und in Konflikte, die nicht unmittelbar ihre Interessen berühren, militärisch einzugreifen, während sich die europäischen Staaten mit der Rolle des sicherheitspolitischen Trittbrettfahrers begnügen. Deshalb werden in Zukunft Krisen und Konflikte, die die Sicherheit des alten Kontinents bedrohen, immer öfter von der EU alleine bewältigt werden müssen. Die neue Bush-Administration hat hierbei nach Darstellung von John D. Robertson deutlich gemacht, dass sie ihr Engagement in Europa deutlich reduzieren und sich ausschließlich auf die Durchsetzung ihrer eigenen strategischen Interessen konzentrieren will. Dass diese nicht automatisch mit den Interessen der europäischen Staaten übereinstimmen, hat sich jüngst in den Diskussionen um das NMD-Projekt oder das Kyoto-Protokoll gezeigt.

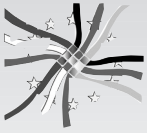
Hauptkritikpunkt der USA gegenüber den europäischen Staaten ist immer wieder, dass diese nicht bereit sind, die entsprechenden Ressourcen für eine effektive Sicherheits- und Verteidigungspolitik zur Verfügung zu stellen. So betragen die Verteidigungsetats der einzelnen EU-Staaten im Verhältnis zur Bevölkerungszahl nur die Hälfte bis ein Drittel der entsprechenden Ausgaben der USA. Diese Diskrepanz hat sich nach den Ausführungen von Peter Altmaier durch radikale Einsparungen der europäischen Staaten in ihren Verteidigungshaushalten seit Anfang der 90er Jahre immer weiter erhöht. Da, so Klaus Naumann, militärische Einsätze aber aufgrund der gewandelten gesellschaftspolitischen Situation innenpolitisch nur durchzusetzen sind, wenn das Risiko für die betroffenen Soldaten auf ein Minimum reduziert wird, und dies nur durch den Einsatz des modernsten und besten Materials gewährleistet werden kann, bedeuten die Kürzungen der europäischen Verteidigungshaushalte - insbesondere im Bereich der militärischen Investitionsprogramme - nicht nur eine Einschränkung, sondern eine generelle Infragestellung der Einsatzfähigkeit der europäischen Streitkräfte. Dies führt zu einer erheblichen Belastung der transatlantischen Beziehungen.

Eine der größten Gefahren, die sich aus diesem Zusammentreffen von mangelnder europäischer Handlungsfähigkeit im sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich und dem ame-



rikanischen Wunsch nach Lastenteilung ergibt, liegt nach Einschätzung von Nicole Gnesotto darin, dass die EU in einer Krise nicht eingreifen kann und die USA nicht eingreifen wollen. Da bei größeren Krisen aber auch in Zukunft eine weitgehende Interessenkongruenz zwischen EU und USA zu erwarten ist, besteht diese Gefahr allerdings nur bei begrenzten regionalen Konflikten. Hier könnte sie aber zu einer sicherheitspolitischen Lähmung führen, die für die Stabilität der europäischen Peripherie ernste Folgen haben könnte. Deshalb muss die EU eigene strategische Fähigkeiten entwickeln, um zumindest regionale Krisen selbständig bewältigen können. Der beschlossene Aufbau europäischer Krisenreaktionskräfte in der Größenordnung von 60.000 Mann ist hierzu zwar ein erster Schritt, reicht jedoch bei weitem nicht aus, da schon das Zusammentreffen weniger kleinerer Regionalkonflikte vom Umfang des Kosovo-Konflikts diese Kapazitäten überfordern würde. Darüber hinaus wies Dieter Wellershoff darauf hin, dass alle bisher beschlossenen Maßnahmen keine zusätzlichen finanziellen und personellen Ressourcen beinhalten und somit das Grundproblem der ungleichen Lastenverteilung innerhalb der transatlantischen Beziehungen weitgehend unberührt lassen.

Da eine wirkliche Partnerschaft sowohl eine angemessene Lastenteilung als auch die Fähigkeit beider Partner einschließt, bestimmte Konflikte selbständig bewältigen zu können, wird der Aufbau einer eigenen militärischen Handlungsfähigkeit der EU im Rahmen der atlantischen Allianz zum Imperativ einer verantwortungsbewussten europäischen Sicherheitspolitik. Die EU muss sich hier ihrer weltpolitischen Verantwortung stellen und entsprechend ihrer wirtschaftlichen Stärke auch bereit sein, die notwendigen Lasten zu übernehmen. Verweigert sich die EU diesem Imperativ, werden die transatlantischen Beziehungen nach Auffassung der Diskussionsteilnehmer über kurz oder lang degenerieren!



2.3. Die transatlantische Partnerschaft bleibt unverzichtbar

Der Aufbau einer eigenständigen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik darf nach Überzeugung aller Diskussions Teilnehmer weder zu einer Schwächung des transatlantischen Bündnisses noch zu einer sicherheitspolitischen Konkurrenz zwischen EU und USA führen, wie es teilweise von Seiten der USA, aber auch der Türkei befürchtet wird, woraus sich entsprechende Vorbehalte in diesen Ländern gegenüber einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik erklären. Vielmehr muss sich diese innerhalb der bestehenden Strukturen des transatlantischen Bündnisses vollziehen. Dies gilt sowohl für den militärischen als auch den politischen Bereich, was von Dieter Wellershoff vor allem deshalb betont wurde, weil die NATO in der öffentlichen Diskussion häufig auf ihre Funktion als Militärbündnis reduziert wird.

Daher kann es auch nicht das Ziel einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sein, die volle Bandbreite an Instrumentarien zu entwickeln, über die die USA verfügen, oder eine europäische "Mini-NATO" (Nicole Gnesotto) zu gründen. Dies würde nicht nur zu ressourcenverschlingenden Doppelungen, sondern auch zu einer Entfremdung zwischen EU und USA führen mit der Folge einer gefährlichen und instabilen Weltordnung. Zudem würde eine solche Duplizierung auch nicht der besonderen geostrategischen Lage und den hieraus resultierenden spezifischen Interessen der EU gerecht werden. Eines der weitverbreitetsten Missverständnisse, das auch im Rahmen der Diskussion auftauchte, ist hierbei, die Entwicklung einer eigenen strategischen Fähigkeit der EU mit dem Ziel einer strategischen Parität zu den USA gleichzusetzen. Während Ersteres im Sinne des von den USA angemahnten "burden sharings" unverzichtbar ist, gilt es, Letzteres aus finanziellen und vor allem aus stabilitätspolitischen Erwägungen zu vermeiden. Aber auch über das transatlantische Verhältnis hinaus wäre eine in Konkurrenz zur NATO stehende gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik schädlich. Zum einen würde sie die potenziellen EU-Beitrittskandidaten in Mittel- und Osteuropa vor die unmögliche Wahl stellen, sich mit Blick auf ihre eigene Si-

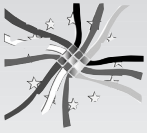


cherheit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten entscheiden zu müssen, und zum anderen würde das ohnehin schon problematische Verhältnis der EU zur Türkei weiter belastet werden.

Somit ergibt sich für die europäischen Staaten im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik das erstaunliche Ergebnis, dass zu viel Europa ebenso gefährlich wäre wie ein weiteres Verharren der EU in ihrer selbstverschuldeten sicherheitspolitischen Unmündigkeit. Dies zeigt sich auch in den politischen Zielvorgaben einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, aus denen die Vorstellung einer "europe puissance" nach Auffassung von Peter Schmidt weitgehend verschwunden ist.

2.4. Partnerschaft bedeutet, sich zu ergänzen

Die zentrale Frage für die Zukunft der transatlantischen Beziehungen dreht sich somit um das richtige Maß von Autonomie und Einbindung einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Verhältnis zur NATO. Obwohl die Diskussion gezeigt hat, dass hier von deutscher Seite die Einbindung und von den französischen Teilnehmern der Aspekt der Autonomie stärker betont wird, stimmten beide Seiten darin über ein, dass es hier nicht um ein "Entweder-oder" sondern nur um ein "Sowohl-als-auch" gehen kann. Zudem hob Peter Schmidt hervor, dass die EU trotz aller Autonomiebestrebungen auch in Zukunft in gewissem Umfang sicherheitspolitisch von den USA abhängig sein wird, wobei diese Abhängigkeit nicht prinzipiell negativ zu bewerten ist. Dass eine völlige Autonomie weder erstrebenswert noch möglich ist, machte Lothar Rühl deutlich, indem er darauf verwies, dass selbst die USA nicht völlig autonom handeln können und in gewissem Maße von ihren europäischen Bündnispartnern abhängig sind. So stellte die Bundeswehr der US-Armee im Golfkrieg 90% ihrer Munitionsreserven zur Verfügung, und auch in anderen Krisen greifen die USA immer wieder auf Logistik und Stützpunkte der übrigen NATO-Staaten zurück. Dies verdeutlicht auch das jüngste Beispiel der geplanten Rüstungslieferungen an Taiwan, in deren Rahmen die USA die Lieferung von Waffensystemen zugesagt haben,



über die nur die Europäer, nicht aber sie selbst verfügen. Es gilt also nicht, Verflechtungen und Abhängigkeiten prinzipiell zu überwinden, sondern lediglich ihre Einseitigkeit zur verringern, oder - mit den Worten von Mathias Jopp - die bisherige hegemonale durch eine symmetrische Struktur innerhalb der NATO zu ersetzen. In vielen Bereichen ist hierbei sogar ein weiterer Ausbau der transatlantischen Verflechtung und damit gegenseitiger Abhängigkeitsverhältnisse anzustreben. So wurde ein konsequenter Ausbau der transatlantischen Kooperation auf dem Sektor der Rüstungstechnologie gefordert, ohne allerdings die Möglichkeit zu verlieren, militärische Entwicklungen auch nach eigenen europäischen strategischen Gesichtspunkten voranzutreiben.

Obwohl eine umfassende sicherheits- und verteidigungspolitische Autonomie Europas also weder erstrebenswert noch umzusetzen ist, muss die EU dennoch eine gewisse Eigenständigkeit innerhalb der NATO erreichen. Als Richtlinie für ein sinnvolles Maß an Autonomie vertrat Peter Schmidt die Auffassung, dass die EU zukünftig die Stabilität an ihrer Peripherie alleine gewährleisten muss. Hierbei sollte man sich zunächst einmal darauf konzentrieren, die Mittel zur Durchsetzung der sogenannten Petersberger Aufgaben bereitzustellen und damit dem amerikanischen Bedürfnis nach einem wirklichen "burden sharing" entgegen zu kommen. Auf dieser Basis könnte es dann zu einer grundlegenden Reform der NATO kommen, in deren Rahmen sich die EU zu einem eigenständigen Pfeiler innerhalb des transatlantischen Bündnisses entwickeln sollte. Hierbei ist zu beachten, dass das Bild des Pfeilers vor allem das Verbindende symbolisiert und nicht im Sinne einer Konkurrenz zu den USA missverstanden werden darf. Innerhalb dieser Zwei-Pfeiler-Konstruktion müssen die EU-Staaten dann in der Lage sein, selbstständig zu operieren, wenn das atlantische Bündnis als Ganzes nicht handeln kann oder will. Hierzu müssen die europäischen Kräfte bis zu einem gewissen Grad von den Strukturen der NATO trennbar sein, ohne jedoch von diesen vollständig getrennt werden zu dürfen. Dass eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht gegen, sondern nur mit der NATO aufgebaut werden kann, zeigt sich auch in der Forderung, dass sich



diejenigen EU-Staaten, die der NATO nicht angehören, dieser annähern sollten, um so die neue europäische mit der althergebrachten transatlantischen Sicherheitsstruktur zur Deckung zu bringen. In einer solchen umfassenden transatlantischen Sicherheitsstruktur können dann beide Seiten ihre jeweiligen Stärken einbringen und sich gegenseitig ergänzen. Die große Herausforderung für die EU besteht hierbei darin, zunächst einmal ihre eigenen Stärken zu entwickeln und voll zur Geltung zu bringen, ohne hierbei die USA zu kopieren, wobei unnötige Duplizierungen von Instrumenten und Strukturen auf jeden Fall zu vermeiden sind.



3. DIE QUADRATUR DES KREISES: EUROPÄISCHE HANDLUNGSFÄHIG- KEIT ZWISCHEN KONZEPTIONELLEN ANFORDERUNGEN UND POLITISCHER WIRKLICHKEIT

3.1. Gemeinsame Interessen

Da im sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich nationale Interessen traditionell eine weitaus größere Rolle als in anderen Politikbereichen spielen, ist die Definition gemeinsamer europäischer Interessen nach Einschätzung von Heiko Engelkes eine unabdingbare Voraussetzung einer effektiven gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Denn trotz aller Gemeinsamkeiten zwischen den europäischen Staaten gibt es nach wie vor erhebliche Unterschiede zwischen den sicherheitspolitischen Prioritäten der einzelnen EU-Staaten, die sich aus der unterschiedlichen geostrategischen Lage, aber auch aus verschiedenen Traditionen und historischen Bindungen erklären. Während Großbritannien und Frankreich - so André Berthol - aus ihrer Geschichte heraus immer noch einen weltpolitischen Anspruch erheben und deshalb dazu neigen, auch außerhalb Europas aktiv zu werden, hat sich in Deutschland in den vergangenen 40 Jahren eine Kultur der Zurückhaltung entwickelt. Konkret zeigt sich der hieraus folgende Interessengegensatz in den Meinungsverschiedenheiten über den Einsatz der deutsch-französischen Brigade bzw. des Eurokorps. Während es nach Torsten Stein Mitte der 90er Jahre in Frankreich starke Tendenzen gab, dieses zu einer europäischen Krisenreaktionskraft auszubauen, lehnte der damalige deutsche Verteidigungsminister Rühle dies seinerzeit mit dem Hinweis ab, dass "das Eurokorps kein Afrikakorps" sei. Aber auch im Hinblick auf konkrete Einzelfragen kommt es oft zu unterschiedlichen Einschätzungen zwischen den europäischen Bündnispartnern, die die außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit der EU beein-



trächtigen. Dies verdeutlicht die unterschiedliche Haltung gegenüber den Kriegsparteien im ehemaligen Jugoslawien zu Beginn der 90er Jahre, wobei Nicole Gnesotto in diesem Zusammenhang nochmals auf die Differenzen zwischen Deutschland und Frankreich im Hinblick auf die Haltung gegenüber Serbien hinwies.

Diese unterschiedlichen Einschätzungen und Interessen in eine klare und kohärente strategische Perspektive zusammen zu führen und gemeinsame europäische Interessen zu entwickeln, ist eine der zentralen Herausforderungen, denen die EU heute gegenübersteht. Aufgrund der erheblichen Differenzen zwischen den einzelnen EU-Staaten wird dies jedoch ein sehr schwieriger und vielleicht auch schmerzlicher Prozess sein, der aber dennoch unverzichtbar bleibt. Allein die Frage der Einbeziehung Osteuropas und des Mittelmeerraumes in eine gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik gibt einen Vorgeschmack auf die Brisanz der hierbei zu klärenden Fragen. Die bisherige Diskussion ist nach Ansicht von Philippe Morillon vor allem dadurch gekennzeichnet, dass zwar viel über die Instrumente und Institutionen, aber kaum über das "Wozu" und "Warum" einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik diskutiert wird. Dieses Defizit zu überwinden, wurde von allen Diskussionsteilnehmern als Hauptaufgabe für die weitere Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik angesehen.

Eine Angleichung der verschiedenen nationalen Interessen und die Entwicklung gemeinsamer europäischer Interessen kann nur erfolgreich sein, wenn zunächst alle Beteiligten ihre eigenen Interessen klären und auch artikulieren. Hier stellte Klaus Naumann auf deutscher Seite noch erhebliche Defizite fest, da die Bundesregierung sich aus falsch verstandener Rücksichtnahme scheut, ihre Interessen klar zu definieren, was bei den europäischen Partnern auf Unverständnis stößt und Unsicherheit erzeugt. Dieses Verhalten wird auf Dauer zu einer erheblichen Belastung für eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik werden, da ein Land - so Naumann -, das seine Interessen nicht formuliert, nicht bündnisfähig und unberechen-



bar ist. Ziel aller EU-Staaten muss es deshalb sein, zunächst die eigenen nationalen Interessen zu klären und diese dann in einem umfassenden Koordinierungsprozess mit denen der europäischen Partner abzustimmen, um so eine tragfähige Basis für eine gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu schaffen.

3.2. Handlungsfähige Institutionen

Zur Umsetzung einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik muss die EU handlungsfähige Institutionen aufbauen. Der gegenwärtige Zustand ist durch ein doppeltes Defizit gekennzeichnet. Zum einen ist die europäische Sicherheitsarchitektur durch ein "strukturelles Chaos" (Dieter Wellershoff) gekennzeichnet, in dem sich die europäischen Staaten in einer Vielzahl von Schnittmengen unterschiedlicher Strukturen bewegen (EU, NATO, WEU-Vollmitglieder, assoziierte WEU-Mitglieder und OSZE), die zudem in ihrer Binnenstruktur nochmals äußerst differenziert sind. Torsten Stein umschrieb diese Situation damit, dass „wir zur Zeit in Europa mehr Häuptlinge als Indianer haben“. Deshalb gilt es, dieses Konglomerat zu einem kohärenten Gefüge zu formen und die institutionelle Ausgestaltung einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik hierauf abzustimmen.

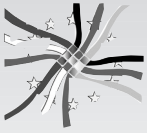
Das zweite Defizit besteht darin, dass die EU ihrerseits bisher nicht in der Lage war, effiziente Institutionen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik zu entwickeln. Haupthindernis hierbei ist nach Einschätzung von Georges Lemoine die Zurückhaltung gegenüber Souveränitätstransfers im sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich. In der Diskussion zeigte sich dies deutlich an der von deutscher Seite immer wieder gestellten und von den französischen Teilnehmern ebenso konsequent nicht beantworteten Frage, ob man sich in Frankreich eine Europäisierung der französischen Atomwaffen vorstellen könne. Aber nicht nur Frankreich scheut sich in diesem Bereich vor Kompetenzübertragungen an die EU. Dies wird insbesondere bei der Frage der Abstimmungsmodi deutlich, wo die wenigsten Staaten bereit sind, auf ihr nationales Veto zu verzichten, insbeson-



dere wenn es um die Verfügungsgewalt über ihre eigenen Streitkräfte geht. Vor diesem Hintergrund wird ein Übergang zu qualifizierten Mehrheitsentscheidungen auf absehbare Zeit nicht umzusetzen sein. Allerdings wurde in der Diskussion mehrfach die Frage aufgeworfen, ob ein Übergang zu Mehrheitsentscheidungen überhaupt wünschenswert ist, da es gerade bei militärischen Einsätzen neben der Entscheidungseffizienz auch die Frage der gesellschaftlichen Akzeptanz innerhalb der Mitgliedsstaaten zu beachten gilt. Ob eine solche Akzeptanz bei Einsätzen gegeben ist, die gegen das Votum der eigenen nationalen Regierung durchgesetzt werden, ist mehr als fraglich.

Insgesamt herrschte unter den Diskussionsteilnehmern weitgehende Einigkeit darüber, dass im Bereich der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik Mehrheitsentscheidungen in absehbarer Zukunft nicht durchzusetzen sind. Da die Anwendung der Einstimmigkeitsregel andererseits die Handlungsfähigkeit der EU gerade im Hinblick auf die Erweiterung gefährdet, wurde immer wieder gefordert, dass eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik nur nach den Grundsätzen einer flexiblen Integration erfolgen kann, wobei die im Amsterdamer Vertrag für den Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik eingeführte konstruktive Enthaltung Modellcharakter haben könnte. Zudem könnten hierdurch traditionell integrationskritische Länder wie Großbritannien in die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik miteinbezogen und mögliche Spannungen im Hinblick auf die neutralen EU-Staaten reduziert werden. Außerdem bietet sich damit unter der Voraussetzung eines am Grundsatz der abgestuften Integration orientierten Erweiterungsprozesses die Möglichkeit, die mittel- und osteuropäischen Staaten schon frühzeitig an der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu beteiligen.

Allerdings ist auch das Modell der konstruktiven Enthaltung nicht unproblematisch. Nicole Gnesotto verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass sicherheits- und verteidigungspolitische Initiativen ohne bestimmte Kernstaaten nicht umzusetzen sind. So wäre es kaum vorstellbar, dass die EU in Mittel- oder

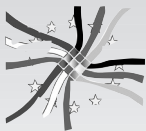


Osteuropa gegen den Willen der Bundesrepublik aktiv wird. Eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik kann deshalb nur effektiv sein, wenn sie von einer sicherheitspolitischen Kerngruppe - und hierunter versteht Gnesotto die Bundesrepublik, Frankreich und Großbritannien - getragen wird. Inwieweit ein solches Kerngruppenmodell mit dem der konstruktiven Enthaltung vereinbar ist und wie diese beiden Elemente miteinander verbunden werden könnten, wurde allerdings nicht weiter erörtert.

Gerade die Forderung nach einer konstruktiven Enthaltung sowie deren Begründung hat verdeutlicht, dass die nationalen Regierungen im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach wie vor die zentrale Entscheidungsebene in der EU darstellen. Nach Einschätzung von Lothar Rühl sollte dies auch in Zukunft so bleiben, da nur die Staats- und Regierungschefs im Verhältnis zu Drittstaaten über die nötige Autorität verfügen, die für effektives Krisenmanagement erforderlich ist, was er auf die griffige Formel brachte, dass Sicherheits- und Verteidigungspolitik Chefsache bleiben müsse. Dies führt - zusammen mit der bereits erwähnten mangelnden Bereitschaft zu einem weiteren Souveränitätstransfer - dazu, dass die Institutionen einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nur intergouvernemental ausgestaltet werden können. Ein europäischer Verteidigungsministerrat wäre hierzu das geeignete Organ. Ein europäischer Sicherheitskommissar hingegen wäre weder innerhalb der EU durchzusetzen noch nach außen durchsetzungsfähig. Allerdings sollte eine solche intergouvernemental ausgestaltete gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach Einschätzung von Mathias Jopp "gemeinschaftsfreundliche" Entscheidungsmechanismen ausarbeiten, um nicht in Spannung zu der zunehmend supranational organisierten ersten Säule der EU zu geraten.

3.3. Angemessene Ressourcenausstattung

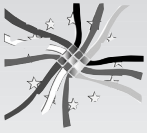
Um das Ziel einer effektiven und einsatzfähigen gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu erreichen, ist es notwendig, die hierfür erforderlichen Kapazitäten zu schaffen und



die dafür benötigten Mittel sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich zur Verfügung zu stellen.

Die Bestandsaufnahme in der Diskussion hat gezeigt, dass dies zur Zeit in der EU nicht der Fall ist. Wie Maurice Blin ausführte, bringt heute keines der europäischen Länder die notwendigen Mittel auf. Dieses Defizit birgt für ihn eine große Gefahr für das angestrebte gleichberechtigte Verhältnis zwischen der EU und den USA. Solange dieses Missverhältnis in der Budgetierung besteht, sei die Grundlage für eine glaubwürdige Partnerschaft nicht gegeben. Die Investitionen der USA in die Forschung sind - wie Peter Altmaier anmerkte - vier Mal höher als die Gesamtausgaben der EU in diesem Bereich. Dabei gibt es auch innerhalb der EU deutliche Unterschiede, die sich z.B. in den anteiligen Forschungs- und Ausrüstungsausgaben zeigen, die in Großbritannien 1%, in Frankreich noch 0,65% und in Deutschland lediglich 0,3% des Bruttonominalproduktes betragen.

Die Risiken dieser mangelnden Investitionsbereitschaft beschrieb Stefan Zoller, der von einer "information dominance" der USA ausgeht und die EU an den Rand gedrängt sieht. "Nur wer die beste Nachrichtentechnik hat, weiß, was geschieht und ist im Vorteil", verdeutlichte Maurice Blin diesen Zusammenhang. Es ist nach Auffassung von Stefan Zoller zwar verfehlt, von einer generellen Rückständigkeit der EU zu sprechen; im Bereich der Zukunftstechnologien sei diese Fehlentwicklung allerdings besonders zu spüren. Während diese in den USA extrem gefördert würden, seien in Europa keine klaren Strategien und feste Investitionspläne zu erkennen. Bei der bisherigen Diskussion um Defizite und Lösungsstrategien sei anzunehmen, dass die zeitliche Komponente außer Acht gelassen worden sei. Seiner Meinung nach sei die Zeit für die Industrie bereits abgelaufen. Maßgebliche Kompetenzen befinden sich nach seinen Worten bereits in den USA, was einen massiven Stellenabbau in Europa mit sich bringt. Emile Blanc forderte in diesem Zusammenhang mehr Transparenz im technologischen Austausch zwischen den EU-Staaten. Hierzu sei eine Politik nötig, die die bestehenden Hindernisse abbaut und es so ermöglicht, die vorhandenen Strukturen und Entwicklungskapazitäten weiter aus-



zubauen. Es muss allerdings auch klar gesagt werden, dass die Entwicklung einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit erheblichen finanziellen Anstrengungen verbunden ist. Hierbei sind feste Konvergenzkriterien sowohl für die nationalen Verteidigungsetats als auch im Hinblick auf konkrete Programme zur Materialbeschaffung und Technologieentwicklung eine Möglichkeit, klare Vorgaben zu definieren. Die Wirtschafts- und Währungsunion hat hier die Effizienz solcher "headline goals" gezeigt, nicht zuletzt im Hinblick auf ihre disziplinierende innenpolitische Wirkung in den einzelnen Mitgliedsländern.

Da Mehrausgaben angesichts der angespannten Haushaltssituation in allen EU-Staaten jedoch klare Grenzen gesetzt sind, gilt es, eine größtmögliche Effizienz mit den zur Verfügung stehenden Mitteln zu erreichen. In diesem Zusammenhang ist die Forderung der Diskussionsteilnehmer zu sehen, ressourcenverschlingende Doppelungen vor allem im Bereich der Waffensysteme abzubauen und zukünftig zu vermeiden. Es ist bezeichnend, dass die EU derzeit unter Aufwendung von 60 % des Verteidigungsetats der USA nur 15 % von deren Schlagkraft erreicht. Unter Beibehaltung der bisherigen Doppelungen müsste die EU demnach ungefähr das Vierfache des US-Verteidigungsetats aufbringen, um mit den USA gleichzuziehen. Eine Verbesserung dieser Situation kann nur dadurch erreicht werden, dass bestehende Kapazitäten systematisch erfasst werden. Hierbei kann auf bereits vorhandenen Strukturen wie die OCCAR (Organisation Conjointe de Coopération en Matière d'Armement) zurückgegriffen werden. Der Abbau von Doppelungen ist zudem unverzichtbar, weil weitere Ressourcentransfers innenpolitisch nur dann Akzeptanz finden, wenn die zusätzlichen Mittel erkennbar effektiv eingesetzt werden. Weitere Ressourcenverschwendungen werden die Bürger angesichts leerer Staatskassen und des bevorstehenden Umbaus der europäischen Sozialsysteme nicht akzeptieren. Ohne die - zumindest passive - Unterstützung der Bevölkerung kann der europäische Integrationsprozess aber auch im Bereich der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht erfolgreich vorangebracht werden.



SCHLUSSBETRACHTUNG

Der 3. Deutsch-Französische Dialog hat deutlich gemacht, dass auf dem Weg zu einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik noch viele Hürden zu überwinden sind. Problematisch ist dabei insbesondere, dass nicht nur über den Weg, sondern auch über die Ziele bei weitem noch kein Konsens herrscht. Gerade zwischen Deutschland und Frankreich gibt es hier noch erhebliche Differenzen, die sich schon darin zeigten, dass auf wesentliche Fragen keine Antwort gefunden werden konnte. Auf der anderen Seite gab es aber auch viele Punkte, in denen eine überraschende Übereinstimmung zwischen deutschen und französischen Positionen festgestellt wurde, so z.B. in der intergouvernementalen Ausgestaltung einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Einigkeit herrschte zudem darüber, dass die Herstellung eines Konsenses in den folgenden vier Bereichen unabdingbar ist.

- ❑ **Entwicklung einer klaren gemeinsamen strategischen Perspektive**
- ❑ **Klärung des Verhältnisses zu den USA bzw. der NATO**
- ❑ **Institutionelle Ausgestaltung der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik**
- ❑ **Bereitstellung der Ressourcen für eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik**

Hierbei war kennzeichnend für das frühe Stadium, in der sich die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik befindet, dass in der Diskussion mehr Fragen aufgeworfen als konkrete Antworten gegeben wurden. Dies war allerdings auch nicht das Ziel des 3. Deutsch-Französischen Dialoges. Vielmehr ging es darum, die unterschiedlichen deutsch-französischen Standpunkte gegenüberzustellen und die zentralen Problem-



felder aufzuzeigen, die von der Politik zu bewältigen sind. Ob die Politik diesen Aufgaben gerecht wird und es ihr gelingt, den Integrationsprozess durch eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu ergänzen, hängt letztendlich vor allem von dem politischen Willen zur Umsetzung der gestellten Zielvorgaben ab. Dass dieser Wille prinzipiell vorhanden ist, ist sowohl bei den deutschen als auch bei den französischen Diskussionsteilnehmern deutlich geworden und lässt hoffen, dass der eingeschlagene Weg zum Ziel einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungsidentität der EU führen wird.



Herausgeber

ASKO EUROPA-STIFTUNG, Saarbrücken

Redaktion

Dr. Michael Meimeth
Daniel Göler, M.A.
Tanja Moser-Praefcke

Information

ASKO EUROPA-STIFTUNG, Pestelstraße 2, 66119 Saarbrücken
Telefon 0049-(0)681-92674-0, Telefax 0049-(0)681-92674-99
Katarina Elbogen, e-mail: k.elbogen@saarnet.de
www.saarbrueckerdialog.de